

Verordnung über das zentrale Visa-Informationssystem und das nationale Visumsystem (Visa-Informationssystem-Verordnung, VISV)

vom 18. Dezember 2013 (Stand am 1. Januar 2025)

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Artikel 109e des Ausländer- und Integrationsgesetzes vom
16. Dezember 2005¹ (AIG)²,
verordnet:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Diese Verordnung regelt:

- a. die Verantwortung für das nationale Visumsystem (ORBIS) und dessen Inhalt;
- b. die Zugangsberechtigungen der Behörden zum ORBIS;
- c. die Zugangsberechtigungen der Behörden zum zentralen Visa-Informationssystem (C-VIS);
- d. das Verfahren zur Übermittlung von Daten des C-VIS durch die zentrale Zugangsstelle an die Behörden nach den Artikeln 17 und 18;
- e. die Bearbeitung und die Aufbewahrungsdauer der Daten;
- f. die Rechte der betroffenen Personen;
- g. die Datensicherheit, die Datenschutzberatung sowie die Aufsicht über die Datenbearbeitung.

AS 2014 3

¹ SR 142.20

² Der Titel wurde in Anwendung von Art. 12 Abs. 2 des Publikationsgesetzes vom 18. Juni 2004 (SR 170.512) auf den 1. Jan. 2019 angepasst. Diese Anpassung wurde im ganzen Text vorgenommen.

Art. 2 Begriffe

Im Sinne dieser Verordnung bedeuten:

- a. *VIS-Mail*: Kommunikationssystem, das die Datenübermittlung zwischen Staaten, für welche die Verordnung (EG) Nr. 767/2008³ (EU-VIS-Verordnung) in Kraft getreten ist, über die Infrastruktur des C-VIS ermöglicht;
- b. *Drittstaat*: Staat, der weder Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) noch der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) ist;
- c. *Schengen-Staat*: Staat, der durch eines der Schengen-Assoziierungsabkommen gebunden ist; diese Abkommen sind in Anhang 1 Ziffer 1 aufgeführt;
- d. *Dublin-Staat*: Staat, der durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist; diese Abkommen sind in Anhang 1 Ziffer 2 aufgeführt;
- e.⁴ *terroristische Straftat*: Straftat nach Anhang 1a der N-SIS-Verordnung vom 8. März 2013⁵;
- f.⁶ *sonstige schwere Straftat*: Straftat nach Anhang 1b der N-SIS-Verordnung.

2. Kapitel: Nationales Visumsystem

1. Abschnitt: Verantwortung, Zweck und Struktur des Systems

Art. 3 Verantwortung

¹ Das Staatsekretariat für Migration (SEM)⁷ trägt die Verantwortung für das ORBIS.

² Es erlässt ein Bearbeitungsreglement, das namentlich die Massnahmen festlegt, die zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit notwendig sind.

Art. 4 Zweck

ORBIS dient folgenden Zwecken:

- a. Erfassung und Speicherung der Daten zu Visumgesuchen;

³ Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung), ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 60; zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 610/2013, ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 1.

⁴ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 10. Nov. 2021, in Kraft seit 1. Mai 2022 (AS 2022 735).

⁵ SR 362.0

⁶ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 10. Nov. 2021, in Kraft seit 1. Mai 2022 (AS 2022 735).

⁷ Die Bezeichnung der Verwaltungseinheit wurde in Anwendung von Art. 16 Abs. 3 der Publikationsverordnung vom 17. Nov. 2004 (AS 2004 4937) auf den 1. Jan. 2015 angepasst. Diese Anpassung wurde im ganzen Text vorgenommen.

- b. Übermittlung der in Anwendung der EU-VIS-Verordnung⁸ erfassten Daten an das C-VIS;
- c. Zugang zu den Daten des C-VIS.

Art. 5 Inhalt und Struktur

¹ Das ORBIS enthält zu jedem zulässigen Visumgesuch die Daten, die in Anhang 2 festgelegt sind.

² Die in Anwendung der EU-VIS-Verordnung⁹ im ORBIS erfassten Daten werden automatisch an das C-VIS übermittelt.

³ Sämtliche Änderungen und Löschungen von Daten, die in Anwendung der EU-VIS-Verordnung im ORBIS erfasst wurden, werden über das ORBIS automatisch an das C-VIS übermittelt.

2. Abschnitt: Erfassung der Daten und Übermittlung an das C-VIS

Art. 5a¹⁰ Elektronische Visumgesuche für Schengen-Visa und Zwischenspeicherung der Daten

¹ Bei Gesuchen für Schengen-Visa kann die gesuchstellende Person ihre für das Gesuch erforderlichen Personendaten der Visumbehörde elektronisch übermitteln.

² Die Gebühren können elektronisch bezahlt werden.

³ Die Daten nach Absatz 1 dürfen für eine Dauer von höchstens vier Monaten auf Servern des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) zwischengespeichert werden.

Art. 5b¹¹ Datenbearbeitung durch externe Dienstleistungserbringer

¹ Die gesuchstellende Person kann ihre für ein Visumgesuch erforderlichen Personendaten einem externen Dienstleistungserbringer, der mit Aufgaben im Rahmen des Visumverfahrens betraut ist, übermitteln.

² Der externe Dienstleistungserbringer erfasst die Personendaten unter Einhaltung der Bestimmungen von Anhang X der Verordnung (EG) Nr. 810/2009¹² (Visakodex) und leitet diese der Visumbehörde weiter.¹³

⁸ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

⁹ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

¹⁰ Eingefügt durch Ziff. II der V vom 2. Sept. 2015, in Kraft seit 1. Okt. 2015 (AS 2015 3047).

¹¹ Eingefügt durch Ziff. II der V vom 2. Sept. 2015, in Kraft seit 1. Okt. 2015 (AS 2015 3047).

¹² Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex), ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1; zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2024/1415, ABl. L, 2024/1415, 22.05.2024.

¹³ Fassung gemäss Ziff. II 2 der V vom 7. Juni 2024, in Kraft seit 11. Juni 2024 (AS 2024 258).

Art. 6 Erfassung der Daten durch die Visumbehörden im ORBIS¹⁴

¹ Ist ein Visumgesuch nach Artikel 19 des Visakodex¹⁵ ¹⁶ zulässig, so erfassen die Visumbehörden nach den Artikeln 8–14 der EU-VIS-Verordnung¹⁷ die Daten nach Anhang 2 im ORBIS; zunächst sind die Daten der Kategorie I zu erfassen und anschliessend, je nach Verlauf des Verfahrens, die Daten der Kategorien II–VI.¹⁸

² Betrifft das Gesuch ein Visum für einen kurzfristigen Aufenthalt oder für den Flughafentransit, so werden die Daten der Kategorien I–VI nach Artikel 5 Absatz 2 an das C-VIS übermittelt.¹⁹

³ Die Visumbehörden erfassen zudem die in Anhang 2 aufgeführten Daten der Kategorie VII. Diese Daten werden nicht an das C-VIS übermittelt.

Art. 7 Erfassung in Vertretung eines anderen Schengen-Staates

¹ Erfasst eine schweizerische Behörde die Daten zu einem Visumgesuch in Vertretung eines anderen Schengen-Staates, so gibt sie im ORBIS den Namen des vertretenen Staates an.

² Wenn die Behörde nach Absatz 1 ein Visum erteilt, ablehnt, aufhebt, annulliert oder verlängert oder wenn sie die Prüfung des Gesuchs nicht fortführt, wird der Name des vertretenen Staates automatisch an das C-VIS übermittelt.

Art. 8 Besitzer der Daten, die an das C-VIS übermittelt werden

¹ Die Schweiz ist Besitzerin der von den schweizerischen Visumbehörden bei der Erfassung eines Visumgesuchs und bei einem entsprechenden Entscheid eingegebenen Daten, die an das C-VIS übermittelt werden.

² Die Visumbehörden dürfen die in einem Gesuchsdatensatz des C-VIS enthaltenen Fingerabdrücke kopieren und sie in einen neuen Gesuchsdatensatz einfügen. Sie werden zur Besitzerin des so erstellten neuen Datensatzes.

Art. 9 Verknüpfungen zwischen den Gesuchsdatensätzen

¹ Die Visumbehörden dürfen aufgrund der Zugehörigkeit der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers zu einer Gruppe von Reisenden oder zu einer gemeinsam reisenden Familie nach Artikel 8 Absatz 4 der EU-VIS-Verordnung²⁰ Verknüpfungen zwischen Gesuchsdatensätzen erstellen oder löschen.

¹⁴ Fassung gemäss Ziff. II der V vom 2. Sept. 2015, in Kraft seit 1. Okt. 2015 (AS 2015 3047).

¹⁵ Siehe Fussnote zu Art. 5b Abs. 2.

¹⁶ Ausdruck gemäss Ziff. I der V vom 5. April 2017, in Kraft seit 1. Mai 2017 (AS 2017 2551). Diese Änd. wurde im ganzen Erlass berücksichtigt.

¹⁷ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

¹⁸ Fassung gemäss Ziff. II der V vom 2. Sept. 2015, in Kraft seit 1. Okt. 2015 (AS 2015 3047).

¹⁹ Fassung gemäss Art. 69 Abs. 2 Ziff. 3 der V vom 15. Aug. 2018 über die Einreise und Visumerteilung, in Kraft seit 15. Sept. 2018 (AS 2018 3087).

²⁰ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

² Die schweizerische Behörde, welche die Daten eines Gesuchsdatensatzes erfasst hat, darf diesen nach Artikel 8 Absatz 3 der EU-VIS-Verordnung mit anderen Datensätzen der gleichen gesuchstellenden Person verknüpfen oder die entsprechenden Verknüpfungen löschen.

3. Abschnitt: Online-Zugang zum ORBIS

(Art. 109c AIG)

Art. 10

¹ Die folgenden Behörden haben zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben online Zugang zu den Daten des ORBIS:

- a. beim SEM:
 - 1.²¹ die Abteilung Zulassung Aufenthalt und die Abteilung Identifikation und Sicherheitsprüfung: zur Erfüllung ihrer Aufgaben in den Bereichen Visa, Reisedokumente und Identifikation,
 2. der Direktionsbereich Asyl: zur Prüfung der Asylgesuche,
 3. die Registratur: zur Archivierung,
 4. die Sektion Informatik und der Statistikdienst: zur Erstellung von Visastatistiken,
 5. die Abteilung Zulassung Arbeitsmarkt: zur Prüfung von Gesuchen im Bereich des Ausländerrechts;
- b. die Grenzposten der kantonalen Polizeibehörden und das Grenzwachtkorps: zur Durchführung von Personenkontrollen und zur Erteilung von Ausnahmvisa;
- c. die schweizerischen Vertretungen im Ausland und die Mission der Schweiz bei der UNO in Genf: zur Prüfung von Visumgesuchen;
- d. das Staatssekretariat, die Politische Direktion und die Konsularische Direktion des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA): zur Prüfung von Visumgesuchen und von Beschwerden im Zuständigkeitsbereich des EDA;
- e. die Zentrale Ausgleichsstelle: zur Abklärung von Leistungsgesuchen und zur Zuteilung und Überprüfung von AHV-Nummern²²;
- f. beim Bundesamt für Polizei (fedpol):
 1. der Rechtsdienst: zum Erlass von Verfügungen von Fernhaltmassnahmen zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz nach den Artikeln 67 Absatz 4 und 68 Absatz 3 AIG,

²¹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 27. Nov. 2024, in Kraft seit 1. Jan. 2025 (AS 2024 715).

²² Ausdruck gemäss Anhang Ziff. II 2 der V vom 17. Nov. 2021, in Kraft seit 1. Jan. 2022 (AS 2021 800).

- 2.²³ die für das automatisierte Polizeifahndungssystem (RIPOL) zuständigen Dienststellen: zur Personenidentifikation im Zusammenhang mit der Kontrolle der RIPOL-Erfassung nach der RIPOL-Verordnung vom 26. Oktober 2016²⁴,
 3. die Dienststellen, die für den internationalen Schriftverkehr zuständig sind, und die Einsatzzentrale: zur Personenidentifikation in den Bereichen des interkantonalen und internationalen polizeilichen Nachrichtenaustausches sowie zur Prüfung von Fernhalte massnahmen zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz,
 4. die zuständigen Dienststellen der Bundeskriminalpolizei:
 - zur Personenidentifikation im Zusammenhang mit der Amts- und Rechtshilfe, bei sicherheits- und gerichtspolizeilichen Aufgaben und im Bereich des interkantonalen und internationalen polizeilichen Nachrichtenaustausches
 - zur Prüfung der Eignung einer Person für ein Zeugenschutzprogramm und zur Durchführung von Gefährdungsanalysen,
 5. der Dienst Ausweisschriften und Nachforschungen nach vermissten Personen: zu Nachforschungen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt dieser Personen,
 6. die für die Führung des automatisierten Fingerabdruck-Identifikationssystems (AFIS) zuständige Dienststelle: zur Personenidentifikation nach Artikel 102 Absatz 1 AIG,
 7. der zuständige Dienst bei der Meldestelle Geldwäscherei: zur Identifikation von Personen und zur Feststellung ihres Aufenthaltsstatus im Zusammenhang mit der gesetzlichen Aufgabe der Meldestelle im Kampf gegen Geldwäscherei und deren Vortaten, organisiertes Verbrechen und Terrorismusfinanzierung nach Artikel 23 des Geldwäschereigesetzes vom 10. Oktober 1997²⁵;
- g.²⁶ die kantonalen und kommunalen Migrationsbehörden sowie die kantonalen und kommunalen Polizeibehörden: zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Ausländerbereich;
- h. die Zivilstandsämter und ihre Aufsichtsbehörden sowie das Eidgenössische Amt für Zivilstandswesen: zur Prüfung der Rechtmässigkeit des Aufenthalts in der Schweiz von Verlobten ohne schweizerische Staatsbürgerschaft sowie zur Mitteilung der Identität von Verlobten, die keinen Nachweis für die Rechtmässigkeit ihres Aufenthalts erbracht haben, an die zuständige Behörde;

²³ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 10. Mai 2023, in Kraft seit 15. Juni 2023 (AS 2023 246).

²⁴ SR 361.0

²⁵ SR 955.0

²⁶ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Febr. 2020, in Kraft seit 1. April 2020 (AS 2020 917).

- i. beim Bundesamt für Justiz:
 - 1. der Direktionsbereich Internationale Rechtshilfe: zur Erfüllung seiner Aufgaben im Zusammenhang mit Verfahren der internationalen Rechtshilfe nach dem Rechtshilfegesetz vom 20. März 1981²⁷,
 - 2. der Direktionsbereich Privatrecht: zur Erfüllung seiner Aufgaben im Zusammenhang mit Verfahren nach dem Bundesgesetz vom 21. Dezember 2007²⁸ über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen;
 - j. der Nachrichtendienst des Bundes: zur Prüfung von Fernhaltmassnahmen zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz nach dem Bundesgesetz vom 21. März 1997²⁹ über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit;
 - k. das Bundesverwaltungsgericht: für die Instruktion von Beschwerden nach dem AIG;
 - l. die Eidgenössische Steuerverwaltung: zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit:
 - 1. der Erhebung der Mehrwertsteuer auf den im Inland von steuerpflichtigen Personen gegen Entgelt erbrachten Leistungen (Inlandsteuer) und auf dem Bezug von Leistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland durch Empfängerinnen und Empfänger im Inland (Bezugsteuer) sowie bei der Erhebung der Verrechnungssteuer,
 - 2. der Durchführung von Strafverfahren und von Amts- oder Rechtshilfeverfahren;
 - m.³⁰ das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit³¹:
 - 1. zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei der Erhebung der Mehrwertsteuer auf der Einfuhr von Gegenständen (Einfuhrsteuer),
 - 2. zur Personenidentifikation im Zusammenhang mit der Zollfahndung;
 - n.³² ...
- ² Die Zugangsberechtigungen sind in Anhang 2 geregelt.

²⁷ SR 351.1

²⁸ SR 211.222.32

²⁹ SR 120

³⁰ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Nov. 2018, in Kraft seit 1. Jan. 2019 (AS 2018 4567).

³¹ Die Bezeichnung der Verwaltungseinheit wurde in Anwendung von Art. 20 Abs. 2 der Publikationsverordnung vom 7. Okt. 2015 (SR 170.512.1) auf den 1. Jan. 2022 angepasst (AS 2021 589). Diese Anpassung wurde im ganzen Text vorgenommen.

³² Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Nov. 2018, mit Wirkung seit 1. Jan. 2019 (AS 2018 4567).

3. Kapitel: Zentrales Visa-Informationssystem

1. Abschnitt: Online-Abfrage des C-VIS

(Art. 109a AIG)

Art. 11

¹ Die folgenden Behörden können zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben online Daten des C-VIS abfragen:

- a. beim SEM:
 1. die Abteilung Einreise und die Abteilung Zulassung Aufenthalt: zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Visumbereich,
 2. die Dublin-Sektionen sowie die mit der Prüfung der Asylgesuche beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Empfangs- und Verfahrenszentren: zur Bestimmung des für die Prüfung eines Asylgesuchs zuständigen Dublin-Staates,
 3. der Direktionsbereich Asyl: zur Prüfung von Asylgesuchen, über die die Schweiz entscheiden muss,
 4. der Statistikdienst: zur Erstellung von Visastatistiken nach Artikel 17 der EU-VIS-Verordnung³³;
- b. die Grenzposten der kantonalen Polizeibehörden und das Grenzwachtkorps: zur Ausstellung von Ausnahmevisa;
- c. die schweizerischen Vertretungen im Ausland und die Mission der Schweiz bei der UNO in Genf: zur Prüfung von Visumgesuchen;
- d. das Staatssekretariat, die Konsularische Direktion und die Politische Direktion des EDA: zur Prüfung der Visumgesuche im Zuständigkeitsbereich des EDA;
- e. das Grenzwachtkorps und die zuständigen kantonalen und kommunalen Polizeibehörden:³⁴
 1. zur Durchführung von Kontrollen an den Aussengrenzen des Schengen-Raums und im Hoheitsgebiet der Schweiz,
 2. zur Überprüfung der Identität von Visuminhaberinnen oder Visuminhabern, zur Prüfung der Echtheit von Visa oder zur Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine Einreise in das Hoheitsgebiet der Schweiz oder für den dortigen Aufenthalt erfüllt sind,
 3. zur Identifikation von Personen ohne Visum, welche die Voraussetzungen für die Einreise in das Hoheitsgebiet der Schweiz oder für den dortigen Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllen;
- f. die kantonalen Migrationsbehörden und die Gemeinden, auf welche die entsprechenden Kompetenzen durch die Kantone übertragen wurden: zur Erfüllung der Aufgaben im Visumbereich.

³³ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

³⁴ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Febr. 2020, in Kraft seit 1. April 2020 (AS 2020 917).

² Die Einsatzzentrale fedpol (EZ fedpol) kann als zentrale Zugangsstelle online Daten des C-VIS abfragen (Art. 20).

³ Die Abfrageberechtigungen sind in Anhang 3 geregelt.

2. Abschnitt: Datenkategorien für die Abfrage des C-VIS und Umfang der Abfragerechte

Art. 12 Abfrage zur Prüfung von Visumgesuchen und für Visumentscheide

¹ Die Abfrage des C-VIS zur Prüfung von Visumgesuchen und für Visumentscheide erfolgt nach Artikel 15 Absatz 2 der EU-VIS-Verordnung³⁵ anhand eines oder mehrerer der folgenden Daten:

- a. Gesuchsnummer;
- b. Vorname, Nachname, Geburtsname (früherer Nachname), Geschlecht sowie Datum, Ort und Land der Geburt;
- c. Art und Nummer des Reisedokuments, ausstellende Behörde, Ausstellungsdatum und Ablauf der Gültigkeit;
- d. Vorname, Nachname und Adresse der natürlichen Person oder Name und Adresse der juristischen Person, die die Einladung ausgesprochen hat oder die verpflichtet ist, die Kosten für den Lebensunterhalt der Visumgesuchstellerin oder des Visumgesuchstellers während des Aufenthalts zu tragen, sowie Vorname, Nachname und Adresse der Kontaktperson der juristischen Person;
- e. Fingerabdrücke;
- f. Nummer der Visumvignette und Ausstellungsdatum früher erteilter Visa.

² Ergibt die Suche einen Treffer, so kann die Behörde nach Artikel 15 Absatz 3 der EU-VIS-Verordnung die früheren Gesuchsdatensätze der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers und die verknüpften Gesuchsdatensätze nach Artikel 8 Absatz 4 der EU-VIS-Verordnung abfragen.

Art. 13 Abfrage bei Kontrollen an den Schengen-Aussengrenzen oder auf dem Hoheitsgebiet der Schweiz

¹ Die Abfrage des C-VIS bei Kontrollen an den Übergangsstellen der Aussengrenzen des Schengen-Raums zur Überprüfung der Identität der Visuminhaberin oder des Visuminhabers oder der Echtheit des Visums oder zur Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine Einreise in den Schengen-Raum erfüllt sind, erfolgt nach Artikel 18 Absatz 1 der EU-VIS-Verordnung³⁶ anhand der Nummer der Visumvignette und der Fingerabdrücke der Visuminhaberin oder des Visuminhabers.

³⁵ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

³⁶ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

² Ergibt die Suche einen Treffer, so kann die Behörde nach Artikel 18 Absatz 4 der EU-VIS-Verordnung die Daten der Kategorien I, II und V–VII nach Anhang 3 abfragen.

³ Die Abfrage des C-VIS zur Überprüfung der Identität der Visuminhaberin oder des Visuminhabers oder der Echtheit des Visums oder zur Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine Einreise in das Hoheitsgebiet der Schweiz oder für den dortigen Aufenthalt erfüllt sind, erfolgt nach Artikel 19 Absatz 1 der EU-VIS-Verordnung anhand der Nummer der Visumvignette und der Fingerabdrücke der Visuminhaberin oder des Visuminhabers oder ausschliesslich anhand der Nummer der Visumvignette.

⁴ Ergibt die Suche einen Treffer, so kann die Behörde nach Artikel 19 Absatz 2 der EU-VIS-Verordnung die Daten der Kategorien nach Absatz 2 abfragen.

Art. 14 Abfrage zur Identifikation

¹ Eine Abfrage im C-VIS ausschliesslich anhand der Fingerabdrücke kann nach Artikel 20 Absatz 1 der EU-VIS-Verordnung³⁷ durchgeführt werden, wenn:

- a. die Überprüfung einer Visuminhaberin oder eines Visuminhabers nach Artikel 13 nicht erfolgreich war;
- b. Zweifel an der Identität der Visuminhaberin oder des Visuminhabers oder an der Echtheit des Visums oder des Reisedokuments bestehen;
- c. die Identität einer Person ohne Visum überprüft werden muss.

² Ist die Abfrage anhand der Fingerabdrücke nicht erfolgreich oder können diese nicht genutzt werden, so kann eine Abfrage anhand folgender Daten durchgeführt werden:

- a. Vorname, Nachname, Geburtsname (früherer Nachname), Geschlecht sowie Datum, Ort und Land der Geburt; oder
- b. Art und Nummer des Reisedokuments, ausstellende Behörde, Ausstellungsdatum und Ablauf der Gültigkeit.

³ Die Abfrage nach Absatz 2 kann in Kombination mit der derzeitigen Staatsangehörigkeit oder der Staatsangehörigkeit bei der Geburt durchgeführt werden.

⁴ Ergibt die Suche einen Treffer, so kann die Behörde nach Artikel 20 Absatz 2 der EU-VIS-Verordnung die Daten der Kategorien I–VII nach Anhang 3 abfragen.

Art. 15 Abfrage zur Bestimmung des zuständigen Dublin-Staates

¹ Die Abfrage des C-VIS zur Bestimmung des nach den Artikeln 12 und 34 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013³⁸ (EU-Dublin-Verordnung) zuständigen Dublin-Staates erfolgt anhand der Fingerabdrücke der asylsuchenden Person.

³⁷ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

³⁸ Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung), Fassung gemäss ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 31.

² Ist die Abfrage anhand der Fingerabdrücke nicht erfolgreich oder können diese nicht genutzt werden, so kann die Abfrage gemäss dem Verfahren nach Artikel 14 Absätze 2 und 3 durchgeführt werden.

³ Ergibt die Suche einen Treffer und wurde ein Visum erteilt oder verlängert, das nicht mehr als sechs Monate vor dem Datum der Einreichung des Asylgesuchs abgelaufen ist, so können nach Artikel 21 Absatz 2 der EU-VIS-Verordnung³⁹ die Daten der Kategorien I, II, VI und VII nach Anhang 3 abgefragt werden.

⁴ Es können ausschliesslich Gesuche abgefragt werden, die aufgrund der Zugehörigkeit der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller zur gleichen Familie verknüpft wurden.

Art. 16 Abfrage zur Prüfung von Asylgesuchen

¹ Die Abfrage des C-VIS zur Prüfung eines Asylgesuchs erfolgt anhand der Fingerabdrücke der asylsuchenden Person.

² Ist die Abfrage anhand der Fingerabdrücke nicht erfolgreich oder können diese nicht genutzt werden, so kann eine Abfrage gemäss dem Verfahren nach Artikel 14 Absätze 2 und 3 durchgeführt werden.

³ Ergibt die Abfrage einen Treffer und wurde ein Visum erteilt, so können nach Artikel 22 Absatz 2 der EU-VIS-Verordnung⁴⁰ die Daten der Kategorien I, II und V–VII nach Anhang 3 abgefragt werden.

⁴ Es können ausschliesslich Gesuche abgefragt werden, die aufgrund der Zugehörigkeit der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller zur gleichen Familie verknüpft wurden, sowie die verschiedenen verknüpften Gesuchsdatensätze der gleichen Gesuchstellerin oder des gleichen Gesuchstellers.

3. Abschnitt: Zugang zum C-VIS über die zentrale Zugangsstelle

Art. 17 Bundesbehörden, die Daten beantragen können

Die folgenden Bundesbehörden können im Sinne von Artikel 109a Absatz 3 Buchstaben a–c AIG Daten des C-VIS beantragen:

- a. bei fedpol:
 1. die Einsatzzentrale,
 2. die Bundeskriminalpolizei,
 3. der Dienst Internationale Identifizierungen;
- b. beim Nachrichtendienst des Bundes:
 1. die Abteilung Beschaffung,
 2. die Abteilung Auswertung,
 3. die Steuerung Terrorismusabwehr,
 4. die Steuerung Nachrichtendienst,

³⁹ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

⁴⁰ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

5. die Steuerung Extremismusabwehr,
 6. die Steuerung Nonproliferation,
 7. der Bereich Ausländerdienst;
- c.⁴¹ bei der Bundesanwaltschaft:
1. der Dienst Urteilsvollzug: für den Vollzug der Entscheide der Strafbehörden des Bundes, wenn nicht die Kantone zuständig sind, namentlich in Anwendung von Artikel 82 Absatz 1 der Verordnung vom 24. Oktober 2007⁴² über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit,
 2. die verfahrensführenden Abteilungen Staatsschutz und kriminelle Organisationen, Wirtschaftskriminalität, Rechtshilfe, Terrorismus, Völkerstrafrecht und Cyberkriminalität in Bern und in den Zweigstellen in Lausanne, Lugano und Zürich: für die Ermittlung und Anklageerhebung bei Straftaten, die nach den Artikeln 23 und 24 der Strafprozessordnung⁴³ oder besonderen Bundesgesetzen der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen.

Art. 18 Kantonale und kommunale Behörden, die Daten beantragen können
Die folgenden kantonalen und kommunalen Behörden können im Sinne von Artikel 109a Absatz 3 Buchstabe d AIG Daten des C-VIS beantragen:

- a. die kantonalen Polizeibehörden;
- b. die kommunalen Polizeibehörden der Städte Zürich, Winterthur, Lausanne, Chiasso und Lugano;
- c. die Strafverfolgungsbehörden über die kantonalen Polizeibehörden.

Art. 19 Verfahren für den Erhalt der Daten

¹ Die Behörden nach den Artikeln 17 und 18 reichen bei der EZ fedpol in Papierform oder elektronisch ein begründetes Gesuch um Zugang zu den Daten des C-VIS ein.

² In dringenden Ausnahmefällen kann eine Behörde ein Gesuch auch mündlich stellen. Die EZ fedpol bearbeitet das Gesuch unverzüglich und überprüft nachträglich, ob die Voraussetzungen nach Artikel 20 erfüllt waren und ob es sich tatsächlich um einen dringenden Ausnahmefall handelte. Die nachträgliche Überprüfung ist unverzüglich nach der Bearbeitung des Gesuchs durchzuführen.

³ Fedpol legt in einem Bearbeitungsreglement die Modalitäten des Verfahrens fest.

⁴¹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 10. Nov. 2021, in Kraft seit 1. Mai 2022 (AS 2022 735).

⁴² SR 142.201

⁴³ SR 312.0

Art. 20 Voraussetzungen für den Erhalt der Daten

Die EZ fedpol überprüft, ob:

- a.⁴⁴ die Daten zur Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung von terroristischen oder sonstigen schweren Straftaten erforderlich sind;
- b. ihre Übermittlung im Einzelfall gerechtfertigt ist;
- c.⁴⁵ berechnigte Gründe zur Annahme bestehen, dass ihre Übermittlung zur Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung von terroristischen oder sonstigen schweren Straftaten erheblich beitragen wird.

Art. 21 Abfrage und Übermittlung der Daten

¹ Sind die Voraussetzungen nach Artikel 20 erfüllt, so fragt die EZ fedpol die Daten des C-VIS ab. Die Abfrage darf ausschliesslich anhand der in Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses 2008/633/JI⁴⁶ (EU-VIS-Beschluss) festgelegten Daten und gemäss den in Anhang 3 festgelegten Abfrageberechtigungen durchgeführt werden.

² Ergibt die Abfrage einen Treffer, so übermittelt die EZ fedpol die in Artikel 5 Absatz 3 des EU-VIS-Beschlusses genannten Daten der Behörde auf gesichertem Weg.

Art. 22 Informationsaustausch mit den EU-Mitgliedstaaten, für welche die EU-VIS-Verordnung nicht in Kraft ist

¹ Die EU-Mitgliedstaaten, für welche die EU-VIS-Verordnung⁴⁷ nicht in Kraft ist, können Gesuche um Erhalt von Daten des C-VIS entweder direkt über die sicheren, für den kriminalpolizeilichen Schriftverkehr bestimmten Verbindungen an die EZ fedpol oder an die anderen Behörden nach den Artikeln 17 und 18 richten.

² Die EZ fedpol überprüft die Gesuche und beantwortet sie direkt.

³ Das Verfahren richtet sich nach Artikel 19.

⁴ Die EZ fedpol kann im Hinblick auf den Erhalt von Informationen im Visumbereich Gesuche an die zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten richten, für welche die EU-VIS-Verordnung nicht in Kraft ist.

⁴⁴ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 10. Nov. 2021, in Kraft seit 1. Mai 2022 (AS 2022 735).

⁴⁵ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 10. Nov. 2021, in Kraft seit 1. Mai 2022 (AS 2022 735).

⁴⁶ Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten, Fassung gemäss ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 129.

⁴⁷ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

4. Kapitel: Abfrage anderer Datenbanken und VIS-Mail

Art. 23⁴⁸ Abfrage anderer Datenbanken

Sofern die Benutzerin oder der Benutzer die Berechtigung dazu hat, findet bei der Einreichung eines Visumgesuchs im ORBIS automatisch eine Abfrage in den folgenden Datenbanken statt:

- a. im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) nach der ZEMIS-Verordnung vom 12. April 2006⁴⁹;
- b. im RIPOL nach der RIPOL-Verordnung vom 26. Oktober 2016⁵⁰;
- c. im Schengener Informationssystem (SIS) nach der N-SIS-Verordnung vom 8. März 2013⁵¹;
- d. in der Interpol-Datenbank Automated Search Facility (ASF-Interpol) nach der Interpol-Verordnung vom 21. Juni 2013⁵²;
- e. im Einreise- und Ausreisensystem nach der Verordnung vom 10. November 2021⁵³ über das Einreise- und Ausreisensystem.

Art. 24 VIS-Mail

Die Visumbehörden des Bundes und der Kantone sowie die Gemeindebehörden, auf welche die entsprechenden Kompetenzen übertragen wurden, verwenden VIS-Mail zur Übermittlung folgender Arten von Informationen:

- a. Mitteilungen im Rahmen der konsularischen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit einem Visumgesuch oder Mitteilungen betreffend Ersuchen zur Übermittlung von Unterlagen im Zusammenhang mit dem Visumgesuch oder von Kopien dieser Unterlagen in elektronischer Form nach Artikel 16 Absatz 3 der EU-VIS-Verordnung⁵⁴;
- b. Mitteilungen zu unrichtigen Daten im C-VIS nach Artikel 24 Absatz 2 der EU-VIS-Verordnung;
- c. Mitteilung nach Artikel 25 Absatz 2 der EU-VIS-Verordnung, dass eine Gesuchstellerin oder ein Gesuchsteller das Bürgerrecht eines Schengen-Staates erworben hat;

⁴⁸ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 10. Mai 2023, in Kraft seit 15. Juni 2023 (AS 2023 246).

⁴⁹ SR 142.513

⁵⁰ SR 361.0

⁵¹ SR 362.0

⁵² SR 366.1

⁵³ SR 142.206

⁵⁴ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

- d.⁵⁵ Konsultationsersuchen und Antworten bezüglich der vorherigen Konsultation der zentralen Visumbehörden nach Artikel 22 Absatz 1 des Visakodex⁵⁶ und Artikel 16 Absatz 2 der EU-VIS-Verordnung;
- e.⁵⁷ Informationen über Visa, die von den Konsulaten gemäss Artikel 31 Absatz 1 des Visakodex und Artikel 16 Absatz 3 der EU-VIS-Verordnung an Staatsangehörige bestimmter Herkunftsstaaten oder an bestimmte Gruppen von Staatsangehörigen erteilt werden.

5. Kapitel: Datenschutz, Datensicherheit und Aufsicht

1. Abschnitt: Datenbearbeitung

Art. 25 Bearbeitungsgrundsatz

Nur Schweizer Behörden dürfen die von ihnen ans C-VIS übermittelten Daten ändern.

Art. 26 Speicherung der Daten im ORBIS

¹ Die Daten des ORBIS werden höchstens fünf Jahre gespeichert.

² Diese Frist beginnt:

- a. im Fall der Ausstellung eines Visums: mit dem Tag, an dem seine Gültigkeitsdauer abläuft;
- b. im Fall der Verlängerung eines Visums: mit dem Tag, an dem seine neue Gültigkeitsdauer abläuft;
- c. im Fall des Rückzugs des Gesuchs oder der Einstellung oder Nichtfortführung der Prüfung eines Gesuchs: mit der Erstellung des Gesuchsdatensatzes im ORBIS;
- d. im Fall der Ablehnung, Annullierung oder der Aufhebung eines Visums: mit dem entsprechenden Entscheid der Visumbehörde.

Art. 27 Löschung von Daten

¹ Erwirbt eine Person das Schweizer Bürgerrecht, so:

- a. löschen die Visumbehörden im ORBIS unverzüglich die Gesuchsdatensätze der betreffenden Person und gegebenenfalls die Verknüpfungen mit Datensätzen ihrer Ehepartnerin oder ihres Ehepartners, ihrer Kinder oder der Gruppe, mit der sie gereist ist, sofern die Gesuchsdaten von den schweizerischen Behörden erfasst wurden;

⁵⁵ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 28. Okt. 2015, in Kraft seit 1. Jan. 2016 (AS 2015 4235).

⁵⁶ Siehe Fussnote zu Art. 6 Abs. 1.

⁵⁷ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 28. Okt. 2015, in Kraft seit 1. Jan. 2016 (AS 2015 4235).

- b. teilt das SEM dies unverzüglich den Schengen-Staaten, welche die Visumdaten erfasst haben, mit.

² Die Bürgerrechtsbehörden müssen das SEM (Sektion Grundlagen Visa) über die Einbürgerungen unterrichten.

³ Wird der Entscheid über die Ablehnung eines Visums durch die zuständige Beschwerdeinstanz aufgehoben, so werden die Daten über die Ablehnung des Visums im ORBIS durch die Behörde gelöscht, die das Visum abgelehnt hat, sobald der Aufhebungsentscheid endgültig ist.

Art. 28 Datenqualität

¹ Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass von den schweizerischen Behörden erfasste Daten des C-VIS oder Daten des ORBIS unrichtig oder unvollständig sind oder unrechtmässig bearbeitet wurden, so ist dies dem SEM unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

² Das SEM unternimmt unverzüglich die erforderlichen Schritte.

Art. 29 Speicherung der Daten aus dem C-VIS

¹ Daten des C-VIS dürfen nach Artikel 30 der EU-VIS-Verordnung⁵⁸ im ZEMIS, im ORBIS, im Informationssystem RUMACA des Grenzwachtkorps oder in entsprechenden Informationssystemen der kantonalen und kommunalen Polizeibehörden gespeichert werden, wenn die Speicherung im Einzelfall erforderlich ist und solange der betreffende Fall bearbeitet wird.⁵⁹

² Die Behörden nach den Artikeln 17 und 18 müssen die von der EZ fedpol erhaltenen Daten unverzüglich vernichten, ausser wenn sich diese für die Zwecke des EU-VIS-Beschlusses⁶⁰ als erforderlich erweisen. Sie müssen die Daten vernichten, sobald diese nicht mehr erforderlich sind.

³ Jede Verwendung von Daten, die den Absätzen 1 und 2 widerspricht, gilt als Missbrauch im Sinne von Artikel 120*d* AIG.

Art. 30 Bekanntgabe von Daten an Drittstaaten oder internationale Organisationen

¹ Die Daten des C-VIS dürfen weder Drittstaaten noch internationalen Organisationen bekanntgegeben werden.

² Folgende Daten des C-VIS über eine Person dürfen Drittstaaten oder internationalen Organisationen nach dem Anhang der EU-VIS-Verordnung⁶¹ im Einzelfall zum Nachweis der Identität einer oder eines Drittstaatsangehörigen, auch zum Zweck der Rückführung, bekanntgegeben werden, wenn die Bedingungen nach Artikel 31 der EU-VIS-Verordnung erfüllt sind:

⁵⁸ Vgl. Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

⁵⁹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Febr. 2020, in Kraft seit 1. April 2020 (AS 2020 917).

⁶⁰ Siehe Fussnote zu Art. 21 Abs. 1.

⁶¹ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

- a. Vorname, Nachname, Geburtsname, Geschlecht sowie Datum, Ort und Land der Geburt;
- b. derzeitige Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigkeit bei der Geburt;
- c. Art und Nummer des Reisedokuments, ausstellende Behörde, Ausstellungsdatum und Ablauf der Gültigkeit;
- d. Heimatadresse der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers;
- e. für Minderjährige: Vorname und Nachname der Inhaberin oder des Inhabers der elterlichen Sorge oder des Vormunds.

³ Die Daten des ORBIS, die nicht ans C-VIS übermittelt werden, können im Einzelfall gemäss den Bedingungen von Artikel 105 AIG bekanntgegeben werden.

2. Abschnitt: Rechte der betroffenen Personen

Art. 31 Recht auf Auskunft oder auf Berichtigung oder Löschung der Daten

¹ Macht eine Person ihr Recht auf Auskunft von Daten im ORBIS oder im C-VIS geltend, so muss sie in der Form nach Artikel 16 der Datenschutzverordnung vom 31. August 2022⁶² (DSV) ein Gesuch beim SEM einreichen. Die Geltendmachung weiterer Ansprüche durch die betroffene Person richtet sich nach Artikel 41 des Datenschutzgesetzes vom 25. September 2020^{63,64}.

² Das SEM bearbeitet Auskunftsgesuche im Einvernehmen mit der Behörde, die die Daten im ORBIS erfasst hat, oder mit dem Staat, der die Daten ans C-VIS übermittelt hat.

³ Es registriert die Auskunftsgesuche.

⁴ Macht eine Person ihr Recht auf Berichtigung oder Löschung von Daten des C-VIS geltend, die nicht von schweizerischen Behörden erfasst wurden, so muss das SEM mit dem Staat, der die Daten erfasst hat, innerhalb von 14 Tagen Kontakt aufnehmen und muss ihm das Gesuch übermitteln. Das SEM unterrichtet die betroffene Person über die Übermittlung des Gesuchs.

⁵ Es bearbeitet Auskunfts-, Berichtigungs- und Löschungsgesuche unverzüglich.

⁶ Es bestätigt der betroffenen Person unverzüglich schriftlich, dass es die Daten berichtigt oder gelöscht hat. Wenn es nicht bereit ist, die Daten zu berichtigen oder zu löschen, so gibt es die Gründe dafür an.

⁶² SR 235.11

⁶³ SR 235.1

⁶⁴ Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 7 der Datenschutzverordnung vom 31. Aug. 2022, in Kraft seit 1. Sept. 2023 (AS 2022 568).

Art. 32 Informationspflicht

¹ Bei der Beschaffung von Personendaten der gesuchstellenden Person, einschliesslich biometrischer Daten, wird diese schriftlich informiert:⁶⁵

- a.⁶⁶ über die Identität und die Kontaktdaten des Verantwortlichen;
- b. über den Zweck der Bearbeitung der Daten im ORBIS und im C-VIS;
- c.⁶⁷ über die Empfängerinnen und Empfänger oder die Kategorien von Empfängerinnen und Empfängern, denen Personendaten bekanntgegeben werden;
- d. über die Dauer der Speicherung der Daten im ORBIS und im C-VIS;
- e. darüber, dass die Erfassung der Daten für die Prüfung des Gesuchs vorgeschrieben ist;
- f. über das Bestehen des Auskunfts-, des Berichtigungs- und des Löschungsrechts, die Verfahren zur Geltendmachung dieser Rechte und die Kontaktinformationen des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB).

² Die natürliche oder juristische Person, die eine Einladung für die gesuchstellende Person ausgesprochen hat oder verpflichtet ist, die Kosten für deren Lebensunterhalt während des Aufenthalts zu tragen, erhält die Informationen nach Absatz 1 ebenfalls.

Art. 33 Haftung

Die Haftung für Schäden im Zusammenhang mit dem Betrieb des ORBIS richtet sich nach dem Verantwortlichkeitsgesetz vom 14. März 1958⁶⁸, insbesondere nach dessen Artikeln 19a–19c, die sinngemäss anwendbar sind.

3. Abschnitt: Datensicherheit, Datenschutzberatung und Aufsicht über die Datenbearbeitung

Art. 34 Datensicherheit

Die Datensicherheit richtet sich nach:

- a.⁶⁹ der DSV⁷⁰;

⁶⁵ Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 7 der Datenschutzverordnung vom 31. Aug. 2022, in Kraft seit 1. Sept. 2023 (AS 2022 568).

⁶⁶ Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 7 der Datenschutzverordnung vom 31. Aug. 2022, in Kraft seit 1. Sept. 2023 (AS 2022 568).

⁶⁷ Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 7 der Datenschutzverordnung vom 31. Aug. 2022, in Kraft seit 1. Sept. 2023 (AS 2022 568).

⁶⁸ SR 170.32

⁶⁹ Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 7 der Datenschutzverordnung vom 31. Aug. 2022, in Kraft seit 1. Sept. 2023 (AS 2022 568).

⁷⁰ SR 235.11

- b.⁷¹ der Informationssicherheitsverordnung vom 8. November 2023⁷²;
- c.⁷³ ...

Art. 35 Statistiken

¹ Zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben erstellt das SEM periodisch Statistiken auf der Grundlage der im ORBIS erfassten Daten.

² Es veröffentlicht die wichtigsten Statistiken.

³ Es kann Behörden sowie privaten Personen oder Organisationen auf Anfrage für ihre Bedürfnisse ergänzende Statistiken zur Verfügung stellen.

⁴ Es kann in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik auch Statistiken zum C-VIS erstellen. Die Zugangsberechtigungen zu diesem Zweck sind in Anhang 3 festgelegt.

⁵ Die Statistiken dürfen keine Rückschlüsse auf die betroffenen Personen zulassen.

Art. 36 Datenschutzberatung

¹ Die Datenschutzberaterin oder der Datenschutzberater des EJPD unterstützt die Einhaltung der Datenschutzvorschriften. Sie oder er koordiniert mit den beteiligten Bundesämtern die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 2.⁷⁴

² Die Datenschutzberaterinnen und Datenschutzberater der beteiligten Bundesämter sorgen in ihrem jeweiligen Bereich für:

- a. die Information der Personen, die Daten bearbeiten;
- b. die Ausbildung dieser Personen;
- c. die erforderlichen Kontrollen;
- d. die rasche Behebung von Mängeln;
- e. die Meldung des Koordinationsbedarfs an die Datenschutzberaterin oder den Datenschutzberater des EJPD.

Art. 37 Aufsicht über die Datenbearbeitung

¹ Die kantonalen Datenschutzbehörden und der EDÖB arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten zusammen und koordinieren die Aufsicht über die Bearbeitung von Personendaten.

² Der EDÖB arbeitet bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten zusammen; für diesen ist er nationale Ansprechstelle.

⁷¹ Fassung gemäss Anhang 2 Ziff. II 5 der Informationssicherheitsverordnung vom 8. Nov. 2023, in Kraft seit 1. Jan. 2024 (AS 2023 735).

⁷² SR 128.1

⁷³ Aufgehoben durch Anhang Ziff. 4 der V vom 24. Febr. 2021, mit Wirkung seit 1. April 2021 (AS 2021 132).

⁷⁴ Fassung gemäss Ziff. II der V vom 2. Sept. 2015, in Kraft seit 1. Okt. 2015 (AS 2015 3047).

³ Er ist die nationale Behörde nach Artikel 41 Absatz 1 der EU-VIS-Verordnung⁷⁵ und den Artikeln 8 Absatz 5 und 11 des EU-VIS-Beschlusses⁷⁶. Er ist für die Wahrnehmung der in diesen Artikeln festgelegten Aufgaben verantwortlich.

6. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 38 Aufhebung eines anderen Erlasses

Die Visa-Informationssystem-Verordnung vom 6. Juli 2011⁷⁷ wird aufgehoben.

Art. 39 Änderung eines anderen Erlasses

Die Änderung eines anderen Erlasses wird in Anhang 4 geregelt.

Art. 40 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 20. Januar 2014 in Kraft.

⁷⁵ Siehe Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

⁷⁶ Siehe Fussnote zu Art. 21 Abs. 1.

⁷⁷ [AS 2011 3861, 4379, 4451]

Anhang 1
(Art. 2 Bst. c und d)

1. Schengen-Assoziierungsabkommen

Die Schengen-Assoziierungsabkommen umfassen:

- a. Abkommen vom 26. Oktober 2004⁷⁸ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (SAA);
- b. Abkommen vom 26. Oktober 2004⁷⁹ in Form eines Briefwechsels zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse unterstützen;
- c. Vereinbarung vom 22. September 2011⁸⁰ zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen;
- d. Übereinkommen vom 17. Dezember 2004⁸¹ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands und über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in der Schweiz, in Island oder in Norwegen gestellten Asylantrags;
- e. Abkommen vom 28. April 2005⁸² zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Dänemark über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung derjenigen Teile des Schengen-Besitzstands, die auf Bestimmungen des Titels IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft basieren;
- f. Protokoll vom 28. Februar 2008⁸³ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands.

⁷⁸ SR **0.362.31**

⁷⁹ SR **0.362.1**

⁸⁰ SR **0.362.11**

⁸¹ SR **0.362.32**

⁸² SR **0.362.33**

⁸³ SR **0.362.311**

2. Dublin-Assoziierungsabkommen

Die Dublin-Assoziierungsabkommen umfassen:

- a. Abkommen vom 26. Oktober 2004⁸⁴ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags (DAA);
- b. Übereinkommen vom 17. Dezember 2004⁸⁵ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands und über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in der Schweiz, in Island oder in Norwegen gestellten Asylantrags;
- c. Protokoll vom 28. Februar 2008⁸⁶ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags;
- d. Protokoll vom 28. Februar 2008⁸⁷ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags.

84 SR 0.142.392.68

85 SR 0.362.32

86 SR 0.142.393.141

87 SR 0.142.395.141

Anhang 288
(Art. 5 Abs. 1, 6 Abs. 1 und 10 Abs. 2)

Zugangsberechtigungen beim ORBIS

Zeichenerklärung

Zugangsstufen:

A	Online-Abfragen
B	Bearbeiten der Daten und Übermittlung an das C-VIS nach der EU-VIS-Verordnung ⁸⁹
Leer	Kein Zugang

Organisationseinheiten:

AV	schweizerische Vertretungen im Ausland und die Mission der Schweiz bei der UNO in Genf
– Versetzbare MA	versetzbare Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Entscheidungskompetenzen in Bezug auf Visumgesuche
– Lokale MA	lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Entscheidungskompetenzen
BAZG	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, einschliesslich Direktionsbereich Strafverfolgung
BJ	Bundesamt für Justiz: Abteilung Internationale Rechtshilfe, Direktionsbereich Privatrecht
BVGer	Bundesverwaltungsgericht: vierte, fünfte und sechste Abteilung
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten: Staatssekretariat, Konsularische Direktion und Politische Direktion
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung
Fedpol	Bundesamt für Polizei: Rechtsdienst, Bundeskriminalpolizei (BKP), Nationales Zentralbüro Interpol, Einsatzzentrale, Abteilung Ausweise und Zentralstellen, Abteilung biometrische Identifikation, Sektion MROS, Abteilung Fahndung und Aufsicht
GREPO	Organe des Bundes und der Kantone, die an der Schengen-Ausgangsgrenze und auf dem Hoheitsgebiet der Schweiz Kontrollen durchführen und Visa ausstellen

⁸⁸ Fassung gemäss Ziff. II der V vom 19. Febr. 2020, in Kraft seit 1. April 2020 (AS 2020 917).

⁸⁹ Vgl. Fussnote zu Art. 2 Bst. a.

KAPO	kantonale und kommunale Polizeibehörden, die im Rahmen von ausländerrechtlichen Aufgaben im Hoheitsgebiet der Schweiz tätig sind
MIGRA	kantonale, regionale und kommunale Migrationsbehörden
NDB	Nachrichtendienst des Bundes
SEM	Staatssekretariat für Migration
– I	Sektion Informatik und Statistikdienst, Abteilung Zulassung Aufenthalt und Abteilung Einreise, Registratur
– II	Direktionsbereich Asyl, Abteilung Zulassung Arbeitsmarkt
ZA	Zivilstandsämter, deren Aufsichtsbehörden und Eidgenössisches Amt für Zivilstandswesen
ZAS	Zentrale Ausgleichsstelle

ORBIS

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I	SEM II	MIGRA	GREPO	KAPO	ZA	Fedpol	NDB	BVGer	AV ver- setzbare MA	AV lo- kale MA	EDA	ZAS	BJ	ESTV	BAZG
I. Daten bei der Gesuchstellung																
Gesuchsnummer	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
Statusinformation: Gesuch gestellt	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Name und Adresse der Behörde	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Nachnamen	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Vornamen	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Geburtsdatum	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Geburtsort	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Derzeitige Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigkeit bei der Geburt	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Geburtsland	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Geschlecht	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Art des Reisedokuments	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Ausstellende Behörde	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Nummer des Dokuments	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Ausstellungs- und Ablaufdatum	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Ort und Datum der Gesuchstellung	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I	SEM II	MIGRA	GREPO	KAPO	ZA	Fedpol	NDB	BVGer	AV ver- setzbare MA	AV lo- kale MA	EDA	ZAS	BJ	ESTV	BAZG
Gastgeber/in oder Garant/in (Nachnamen, Vornamen, Anschrift); wenn Unternehmen oder Organisation: Name und Anschrift des Unternehmens oder der Organisation, Nachname und Vorname der Ansprechperson im Unternehmen bzw. in der Organisation	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Zielstaaten im Schengen-Raum	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Geplante Dauer des Aufenthalts oder der Durchreise	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Hauptzwecke der Reise	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Geplanter Tag der Einreise und der Ausreise aus dem Schengen-Raum	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Schengen-Staat der ersten Einreise	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Heimatadresse der Gesuchstellerin bzw. des Gesuchstellers	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Derzeitige Beschäftigung und Arbeitgeber; bei Studierenden: Name der Bildungseinrichtung	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Für Minderjährige: Nachname und Vorname der Inhaberin oder des Inhabers der elterlichen Sorge oder des Vormunds	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A		A	A
Foto Gesuchsteller/in	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Fingerabdrücke Gesuchsteller/in	B		B	B						B	B	B				

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I	SEM II	MIGRA	GREPO	KAPO	ZA	Fedpol	NDB	BVGer	AV ver- setzbare MA	AV lo- kale MA	EDA	ZAS	BJ	ESTV	BAZG
II. Daten bei der Visumerteilung																
Statusinformation: erteilt	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Ort und Datum des Entscheids	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Name und Adresse der Behörde	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Gebiet, in das die Visuminhaberin oder der der Visuminhaber nach dem Visakodex ⁹⁰ reisen darf	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Zahl der erlaubten Einreisen während der Gültigkeitsdauer	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Gültigkeitsdauer des Visums: Beginn- und Ablaufdatum	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Visumkategorie	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	A	A	A	A	A
Nummer der Visumvignette	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Visum auf einem separaten Formblatt erteilt (ja/nein)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Visumvignette handschriftlich ausgefüllt	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
III. Daten bei Nichtfortführung der Prüfung des Gesuchs																
Statusinformation: unterbrochen	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Ort und Datum des Entscheids	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A

⁹⁰ Vgl. Fussnote zu Art. 6 Abs. 1.

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I	SEM II	MIGRA	GREPO	KAPO	ZA	Fedpol	NDB	BVGer	AV ver- setzbare MA	AV lo- kale MA	EDA	ZAS	BJ	ESTV	BAZG
Name und Adresse der Behörde	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Schengen-Staat, der für die Prüfung des Gesuchs zuständig ist	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
IV. Daten bei Ablehnung des Visums																
Statusinformation: abgelehnt	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Ort und Datum des Entscheids	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Name und Adresse der Behörde	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Gründe für die Ablehnung	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
V. Daten bei Annullierung oder Aufhebung eines Visums																
Statusinformation: annulliert, aufgehoben	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Ort und Datum des Entscheids	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Name und Adresse der Behörde	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Neues Ablaufdatum	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Gründe für die Annullierung oder die Aufhebung	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
VI. Daten bei Verlängerung eines Visums																
Statusinformation: verlängert	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Ort und Datum des Entscheids	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Name und Adresse der Behörde	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I	SEM II	MIGRA	GREPO	KAPO	ZA	Fedpol	NDB	BVGer	AV ver-setzbare MA	AV lo-kale MA	EDA	ZAS	BJ	ESTV	BAZG
Beginn- und Ablaufdatum der Ver-längerung	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Nummer der Visumvignette des verlängerten Visums	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Verlängerte Dauer des erlaubten Aufenthalts	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Gebiet, in das die Visuminhaberin oder der Visuminhaber reisen darf, falls das verlängerte Visum eine andere räumliche Gültigkeit als das ursprüngliche Visum hat	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Kategorie des verlängerten Visums	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Gründe für die Verlängerung	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Übrige																
Verknüpfte Gesuchsdatensätze (Verwandtschaft: Ehepartner/in, Kinder)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Verknüpfte Gesuchsdatensätze (Gruppe)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Aufeinanderfolgende Gesuchsda-tensätze der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
VII Nützliche Daten für die Schweizer Behörden																
Ausstelldatum Garantieerklärung (Verpflichtungserklärung)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I	SEM II	MIGRA	GREPO	KAPO	ZA	Fedpol	NDB	BVGer	AV ver- setzbare MA	AV lo- kale MA	EDA	ZAS	BJ	ESTV	BAZG
Personalien und Beruf von Familienangehörigen	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Verwandtschaft mit Bürger/in der EU/EFTA	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Zivilstand	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Art der Deckung der Aufenthaltskosten	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Garantieerklärung (ja/nein)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Temporäre Übersteuerungsmittlung	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Personen-ID ZEMIS	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Dauer des durch das Visum erlaubten Aufenthalts (> 90 Tage)	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	B	B	A	A	A	A
Visummeldung	B	A	B	B	A	A	A	A	A	B	A	B	A	A	A	A
Dossier VIS-Mail (Meldungen)	B		B	B						B	A	B				
Anhänge betreffend die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller ⁹¹	B		B	B						B	A	B				
Visagebühren und Spesen	B		B	B						B	B	B				

⁹¹ Diese Anhänge (Dokumente der gesuchstellenden Person, Bemerkungen) sind im PDF-Format verfügbar und werden durch ein E-Dossier ersetzt, sobald alle Dokumente gescannt sind.

Anhang 3⁹²
(Art. 11 Abs. 3 und 35 Abs. 4)

Zugangsberechtigungen beim C-VIS

Zeichenerklärung

Zugangsstufen:

A	Online-Abfragen
Leer	Kein Zugang
1	Daten, die nur im Rahmen von Artikel 14 der Verordnung abgefragt werden können
2	Hinweis darauf, dass in einem verknüpften Gesuchsdatensatz nur die mit einem * gekennzeichneten Daten abgefragt werden können.

Organisationseinheiten:

AV	schweizerische Vertretungen im Ausland und Mission der Schweiz bei der UNO in Genf
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten: (Staatssekretariat, Konsularische Direktion und Politische Direktion)
EZ fedpol	Zentrale Zugangsstelle
GREPO	Organe des Bundes und der Kantone, die an den Schengen-Ausgangsgrenzen und im Hoheitsgebiet der Schweiz Kontrollen durchführen
KAPO	kantonale und kommunale Polizeibehörden, die im Rahmen von ausländerrechtlichen Aufgaben im Hoheitsgebiet der Schweiz tätig sind
MIGRA	für Visa zuständige kantonale Migrationsbehörden und die Visumbehörden der Gemeinden, auf die entsprechende Kompetenzen übertragen wurden
SEM	Staatssekretariat für Migration
– I	Planung und Ressourcen (PR) zu statistischen Zwecken
– II	Sachbearbeiter/in im Visubereich (Abteilung Einreise, Abteilung Zulassung Aufenthalt)
– III	Sachbearbeiter/in im Bereich Dublin-Verfahren (Mitarbeitende des Asylverfahrens, Dublin-Sektionen)

⁹² Fassung gemäss Ziff. II der V vom 19. Febr. 2020, in Kraft seit 1. April 2020 (AS 2020 917).

- IV Sachbearbeiter/in im Asylbereich (Mitarbeitende des Asylverfahrens)

C-VIS

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I Statistik	SEM II Visa	SEM III Asyl Anwendung EU-Dublin-Verordnung ⁹³	SEM IV Asyl Asylverfahren	MIGRA und GREPO als Visa ausstellende Behörden	GREPO Grenzkontrolle	AV	EDA	KAPO im Hoheitsgebiet der Schweiz	EZ fedpol
I. Daten bei der Gesuchstellung										
Gesuchsnummer		A	A	A	A	A ¹	A	A	A ¹	A
Statusinformation: Gesuch gestellt	A	A			A	A	A	A	A	A
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)		A			A		A	A		A
Name und Adresse der Behörde	A	A			A	A ¹	A	A	A ¹	A
Nachname, Geburtsnamen (oder frühere Nachnamen)		A	A*	A*	A	A	A	A	A	A
Vornamen		A	A*	A*	A	A	A	A	A	A
Geburtsdatum		A	A*	A*	A	A	A	A	A	A
Geburtsort		A	A*	A*	A	A	A	A	A	A
Derzeitige Staatsangehörigkeit	A	A	A*	A*	A	A	A	A	A	A
Staatsangehörigkeit bei der Geburt		A	A*	A*	A	A	A	A	A	A
Geburtsland		A	A*	A*	A	A	A	A	A	A
Geschlecht		A	A*	A*	A	A	A	A	A	A
Art des Reisedokuments	A	A		A	A	A	A	A	A	A
Ausstellende Behörde		A		A	A	A	A	A	A	A
Nummer des Dokuments		A		A	A	A	A	A	A	A

⁹³ Vgl. Fussnote zu Art. 15 Abs. 1.

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I Statistik	SEM II Visa	SEM III Asyl Anwendung EU-Dublin-Verordnung ⁹³	SEM IV Asyl Asylverfahren	MIGRA und GREPO als Visa ausstellende Behörden	GREPO Grenzkontrolle	AV	EDA	KAPO im Hoheitsgebiet der Schweiz	EZ fedpol
Ausstellungs- und Ablaufdatum		A		A	A	A	A	A	A	A
Bezeichnung der Datenfelder	SEM I Statistik	SEM II Visa	SEM III Asyl Anwendung EU-Dublin-Verordnung	SEM IV Asyl Asylverfahren	MIGRA und GREPO als Visa ausstellende Behörden	GREPO Grenzkontrolle	AV	EDA	KAPO im Hoheitsgebiet der Schweiz	EZ fedpol
Ort und Datum der Gesuchstellung	A	A			A	A	A	A	A	A
Gastgeber/in und/oder Garant/in (Nachnamen, Vornamen, Anschrift); wenn Unternehmen oder Organisation: Name und Anschrift des Unternehmens oder der Organisation, Nachname und Vorname der Ansprechperson im Unternehmen bzw. in der Organisation		A			A	A	A	A	A	A
Zielstaaten im Schengen-Raum		A			A	A	A	A	A	A
Geplante Dauer des Aufenthalts oder der Durchreise		A	A		A	A	A	A	A	A
Hauptzwecke der Reise	A	A			A	A	A	A	A	A
Geplanter Tag der Einreise und der Ausreise aus dem Schengen-Raum		A			A	A	A	A	A	A
Schengen-Staat der ersten Einreise	A	A			A	A	A	A	A	A
Heimatadresse der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers		A			A	A	A	A	A	A
Derzeitige Beschäftigung und Arbeitgeber; bei Studierenden: Name der Bildungseinrichtung		A			A	A	A	A	A	A

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I Statistik	SEM II Visa	SEM III Asyl Anwendung EU-Dublin-Verordnung ⁹³	SEM IV Asyl Asylverfahren	MIGRA und GREPO als Visa ausstellende Behörden	GREPO Grenzkontrolle	AV	EDA	KAPO im Hoheitsgebiet der Schweiz	EZ fedpol
Für Minderjährige: Nachname und Vorname der Inhaberin oder des Inhabers der elterlichen Sorge oder des Vormunds		A			A	A	A	A	A	A
Foto Gesuchsteller/in		A	A	A	A	A	A	A	A	A
Fingerabdrücke Gesuchsteller/in		A			A		A	A		A
Eintrag «entfällt», da Bereitstellung der Fingerabdrücke nicht möglich ist	A	A			A		A	A		
Eintrag «entfällt», da Bereitstellung der Fingerabdrücke nicht erforderlich ist	A	A			A		A	A		
Fingerabdrücke erfasst (ja/nein)						A			A	
II. Daten bei der Visumerteilung										
Statusinformation: Visum erteilt oder Verfahren aufgrund von Rückzug des Gesuchs durch Gesuchsteller/in abgeschlossen	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
Ort und Datum des Entscheids	A	A		A	A	A	A	A	A	A
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)		A	A	A	A	A	A	A	A	A
Name und Adresse der Behörde	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
Gebiet, in das die Visuminhaberin oder der Visuminhaber nach dem Visakodex ⁹⁴ reisen darf	A	A		A	A	A	A	A	A	A
Zahl der erlaubten Einreisen während der Gültigkeitsdauer		A		A	A	A	A	A	A	A

⁹⁴ Vgl. Fussnote zu Art. 6 Abs. 1.

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I Statistik	SEM II Visa	SEM III Asyl Anwendung EU-Dublin-Verordnung ⁹³	SEM IV Asyl Asylverfahren	MIGRA und GREPO als Visa ausstellende Behörden	GREPO Grenzkontrolle	AV	EDA	KAPO im Hoheitsgebiet der Schweiz	EZ fedpol
Gültigkeitsdauer des Visums: Beginn- und Ablaufdatum		A	A	A	A	A	A	A	A	A
Visumkategorie	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
Nummer der Visumvignette		A		A	A	A	A	A	A	A
Visum auf einem separaten Formblatt erteilt (ja/nein)		A		A	A	A	A	A	A	A
Visumvignette handschriftlich ausgefüllt		A		A	A	A	A	A	A	A
Dauer des durch das Visum erlaubten Aufenthalts		A	A	A	A	A	A	A	A	A
III. Daten bei Nichtfortführung der Prüfung des Gesuchs										
Statusinformation: nicht fortgeführt	A	A			A	A ¹	A	A	A ¹	
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)		A			A	A ¹	A	A	A ¹	
Name und Adresse der Behörde	A	A			A	A ¹	A	A	A ¹	
Ort und Datum des Entscheids	A	A			A	A ¹	A	A	A ¹	
Schengen-Staat, der für die Prüfung des Gesuchs zuständig ist		A			A	A ¹	A	A	A ¹	
IV. Daten bei Ablehnung des Visums										
Statusinformation: abgelehnt	A	A			A	A ¹	A	A	A ¹	A
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)		A			A	A ¹	A	A	A ¹	A
Name und Adresse der Behörde	A	A			A	A ¹	A	A	A ¹	A
Ort und Datum des Entscheids	A	A			A	A ¹	A	A	A ¹	A
Gründe für die Ablehnung	A	A			A	A ¹	A	A	A ¹	A

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I Statistik	SEM II Visa	SEM III Asyl Anwendung EU-Dublin- Verord- nung ⁹³	SEM IV Asyl Asylver- fahren	MIGRA und GREPO als Visa ausstel- lende Behör- den	GREPO Grenz- kontrolle	AV	EDA	KAPO im Hoheits- gebiet der Schweiz	EZ fedpol
V. Daten bei Annullierung oder Aufhebung eines Visums										
Statusinformation: annulliert, aufgehoben	A	A		A	A	A	A	A	A	A
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)		A		A	A	A	A	A	A	A
Name und Adresse der Behörde	A	A		A	A	A	A	A	A	A
Ort und Datum des Entscheids	A	A		A	A	A	A	A	A	A
Gründe für die Annullierung oder die Aufhebung (von Hand einzutragen)	A	A		A	A	A	A	A	A	A
VI. Daten bei Verlängerung eines Visums										
Statusinformation: verlängert	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
Im Namen eines anderen Schengen-Staats (ja/nein)		A	A	A	A	A	A	A	A	A
Name und Adresse der Behörde	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
Ort und Datum des Entscheids	A	A		A	A	A	A	A	A	A
Beginn- und Ablaufdatum der Verlängerung		A	A	A	A	A	A	A	A	A
Nummer der Visumvignette des verlängerten Vi- sums		A		A	A	A	A	A	A	A
Verlängerte Dauer des erlaubten Aufenthalts		A	A	A	A	A	A	A	A	A
Gebiet, in das die Visuminhaberin oder der Visum- inhaber reisen darf, falls das verlängerte Visum eine andere räumliche Gültigkeit als das ursprüngli- che Visum hat	A	A		A	A	A	A	A	A	A
Kategorie des verlängerten Visums	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
Gründe für die Verlängerung	A	A		A	A	A	A	A	A	A

Bezeichnung der Datenfelder	SEM I Statistik	SEM II Visa	SEM III Asyl Anwendung EU-Dublin- Verord- nung ⁹³	SEM IV Asyl Asylver- fahren	MIGRA und GREPO als Visa ausstel- lende Behör- den	GREPO Grenz- kontrolle	AV	EDA	KAPO im Hoheits- gebiet der Schweiz	EZ fedpol
VII. Verknüpfungen zwischen Gesuchen										
Verknüpfte Gesuchsdatensätze (Verwandtschaft: Ehepartner/in, Kinder)		A	A ²	A ²	A	A	A	A	A	
Verknüpfte Gesuchsdatensätze (Gruppe)		A			A	A	A	A	A	
Aufeinanderfolgende Gesuchsdatensätze der Ge- suchstellerin oder des Gesuchstellers	A	A		A	A	A ¹	A	A	A ¹	A

Änderung eines anderen Erlasses

...⁹⁵

⁹⁵ Die Änderung kann unter AS **2014 3** konsultiert werden.

